



Lena Schumacher

Nemo tenetur im Spannungsfeld zu außerstrafrechtlichen Offenbarungspflichten

Eine Untersuchung der ärztlichen Fehleroffenbarungspflicht
gem. § 630c Abs. 2 S. 2 BGB

Schriften zum Strafrecht, Band 309

280 Seiten, 2017

Print: <978-3-428-15232-2> € 89,90

E-Book: <978-3-428-55232-0> € 79,90

Print & E-Book: <978-3-428-85232-1> € 107,90

Die Selbstbelastungsfreiheit gilt als zentrales Beschuldigtenrecht des reformierten Strafverfahrens, deren Schutzgehalt auch heute noch mit erheblichen Unsicherheiten verbunden ist. So sind es zum einen die Entwicklungen innerhalb des Strafverfahrens, die mit Einsatz von Hörfallen und heimlichen Ermittlungsmaßnahmen Schwierigkeiten hervorrufen; doch auch außerhalb des Strafverfahrens zeichnet sich eine Tendenz ab, die vermehrt Probleme aufwirft: Sowohl im Privat- als auch im Öffentlichen Recht werden zunehmend Offenbarungspflichten normiert. Der Gesetzgeber zwingt hier zur Selbstbelastung, obwohl dem Betroffenen in einem anschließenden Strafverfahren ein Schweigerecht zusteht. Eine solche Interessenkollision entspringt bereits dem Insolvenz-, Arbeits- und Steuerrecht. Mit Normierung der ärztlichen Fehleroffenbarungspflicht in § 630c Abs. 2 S. 2 BGB zählt nunmehr auch der Behandlungsvertrag zum Problembereich.

Ausgehend vom Schutzgehalt der Selbstbelastungsfreiheit und im systematischen Kontext der außerstrafprozessualen Offenbarungspflichten untersucht die Autorin Grund und Grenzen der ärztlichen Fehleroffenbarungspflicht. Im Fokus steht hierbei insbesondere das Schutzkorrektiv des § 630c Abs. 2 S. 3 BGB. Lena Schumacher kommt insofern zu dem Ergebnis, dass es sich hierbei um ein weitreichendes Beweisverwendungsverbot handelt.

Inhalt

Einleitung

Allgemeiner Teil

1. Die Entwicklung der Selbstbelastungsfreiheit

Selbstbelastungsschutz im Strafverfahren — Selbstbelastungsschutz im außerstrafprozessualen Bereich

2. Die Rechtsgrundlage der Selbstbelastungsfreiheit

Einfache Gesetzesebene, StPO und StGB — Völkerrecht, IPBPR und EMRK — Europäisches Primärrecht, Grundrechtecharta — Verfassungsrecht, Grundgesetz



3. Der Schutzgehalt im Strafverfahren

Eröffnung des Anwendungsbereichs — Schutzbereich — Rechtsfolgen

4. Der Schutzgehalt im außerstrafprozessualen Bereich

Ausgangspunkt — Der Gemeinschuldnerbeschluss, BVerfGE 56, 37 — Die Ausstrahlungswirkung der Selbstbelastungsfreiheit

5. Bestandsaufnahme außerstrafprozessualer Offenbarungspflichten

Die steuerrechtliche Offenbarungspflicht — Die insolvenzrechtliche Offenbarungspflicht — Die vollstreckungsrechtliche Offenbarungspflicht — Die arbeitsrechtliche Offenbarungspflicht bei internen Ermittlungen

Besonderer Teil

6. Zivilrechtliche Grundlagen

Das Patientenrechtegesetz — Der Behandlungsvertrag — Der Behandlungsfehler

7. Die ärztliche Fehleroffenbarungspflicht

Der bisherige Meinungsstand — Die ärztliche Fehleroffenbarungspflicht gem. § 630c Abs. 2 S. 2 BGB

8. Die ärztliche Fehleroffenbarungspflicht im Kontext der Selbstbelastungsfreiheit

Der Selbstbelastungsgegenstand — Die ärztliche Fehleroffenbarungspflicht als Selbstbelastungszwang — Die ärztliche Fehleroffenbarungspflicht als Unterfall der außerstrafrechtlichen Offenbarungspflichten

9. Das Beweisverbot des § 630c Abs. 2 S. 3 BGB

Die Lehre von den Beweisverboten — Einordnung von § 630c Abs. 2 S. 3 BGB als Beweisverwertungs- oder Beweisverwendungsverbot? — Das Beweisverwendungsverbot gem. § 630c Abs. 2 S. 3 BGB

10. Übertragung der Erkenntnisse auf die Fallgruppe der außerstrafprozessualen Offenbarungspflichten

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

Schluss und Ausblick

Literaturverzeichnis, Sachwortregister